

"Leeres Versprechen"

SPD zweifelt an billigem Atomstrom

von Timm Krägenow (Berlin)

Die SPD hat der Union vorgeworfen, mit der Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke nicht die Strompreise zu senken, sondern nur die Gewinne der Betreiber zu erhöhen.

"Die niedrigeren Strompreise, die die Union bei längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke ankündigt, sind ein leeres Versprechen", sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber der FTD. "CDU und CSU lehnen jede Möglichkeit ab, die entstehenden Zusatzrenditen abzuschöpfen. Das heißt, dass die Milliarden bei den Unternehmen bleiben sollen." Andernfalls müsse die Union ein Konzept für diese Frage vorlegen.

Angesichts steigender Energiepreise streitet die Große Koalition, ob die deutschen Kernkraftwerke länger laufen sollen. Die Betreiber hatten im Jahr 2000 mit der damaligen rot-grünen Bundesregierung vereinbart, die Laufzeiten auf 32 Jahre zu begrenzen. Union und Betreiber wollen diese Grenze jetzt aufheben.

Weil bei den bestehenden Kernkraftwerken keine Investitionskosten mehr anfallen, wäre ein Weiterbetrieb extrem lukrativ. Der Betreiber [RWE](#) rechnete am Montag vor, dass ein einzelnes Kernkraftwerk in jedem Jahr das betriebliche Ergebnis um 300 Mio. Euro verbessern könnte. Insgesamt würde eine Aufhebung der Laufzeitbegrenzung die volkswirtschaftliche Wertschöpfung um 250 Mrd. Euro erhöhen. Das seien 3000 Euro umgerechnet auf jeden Bundesbürger, hieß es bei RWE.

"Der Weiterbetrieb würde aber wegen der Preisbildung an der Börse nicht dazu führen, dass die Verbraucher niedrigere Preise bekommen", betonte SPD-Fraktionsvize Kelber. "Dazu wäre eine besondere Steuer oder ein Verkauf des Stroms zu günstigeren Preisen nötig. Aber jede dieser Möglichkeiten ist von der Union schon abgelehnt worden." Deshalb seien die Preisversprechen der Union nicht glaubwürdig.

Der Stromkonzern RWE ist offenbar zu Zugeständnissen bereit. Der Essener Konzern betonte am Montag, dass die wirtschaftlichen Vorteile aus dem Weiterbetrieb der Kernenergie genutzt werden sollten, "unsere Kunden zu entlasten". RWE sei bereit, sofort und vorbehaltlos mit den zuständigen Stellen Gespräche aufzunehmen, hieß es in einer Mitteilung. RWE sei zusätzlich bereit, "Mittel aus einer Laufzeitverlängerung für die Förderung der Energieeffizienz, zum Ausbau der erneuerbaren Energien oder anderer von der Bundesregierung zu bestimmender Ziele zur Verfügung zu stellen", sagte RWE-Chef [Jürgen Großmann](#).

Wie die Entlastung der Stromkunden konkret erfolgen soll, ließ RWE offen. Branchenkenner warnen vor Eingriffen in den Prismechnismus der Börse. [Vattenfall](#) und [EnBW](#) haben bisher keine Entlastung der Stromkunden zugesagt.

Aus der FTD vom 01.07.2008

© 2008 Financial Times Deutschland

ZUM THEMA

- [Werben für Kernenergie: G8-Mehrheit setzt auf Atomkraft](http://www.ftd.de/politik/international/Werben%20Kernenergie%20G8%20Mehrheit%20Atomkraft/380203.html)
(http://www.ftd.de/politik/international/Werben%20Kernenergie%20G8%20Mehrheit%20Atomkraft/380203.html)
- [Streit über Atomstrom: Gabriel wirft Union Lobbyismus vor](http://www.ftd.de/politik/deutschland/Streit%20Atomstrom%20Gabriel%20Union%20Lobbyismus/379350.html)
(http://www.ftd.de/politik/deutschland/Streit%20Atomstrom%20Gabriel%20Union%20Lobbyismus/379350.html)
- [Wahlkampf im Bundestag: Streit um Atomsteuer](http://www.ftd.de/politik/deutschland/Wahlkampf%20Bundestag%20Streit%20Atomsteuer/379214.html)
(http://www.ftd.de/politik/deutschland/Wahlkampf%20Bundestag%20Streit%20Atomsteuer/379214.html)
- [Hohe Energiepreise: Mit Atomkraft in den Wahlkampf](http://www.ftd.de/politik/deutschland/Hohe%20Energiepreise%20Mit%20Atomkraft%20Wahlkampf/377187.html)
(http://www.ftd.de/politik/deutschland/Hohe%20Energiepreise%20Mit%20Atomkraft%20Wahlkampf/377187.html)